

An:
Frau Ulla Schmidt
Bundesministerium
für Gesundheit (BMG)
Friedrichstr. 108
10117 Berlin

02.03.09

Betrifft: Gesundheitspolitik der SPD – selbständige Fachärzte

Sehr geehrte Frau Schmidt,

ich arbeite seit fast drei Jahren als niedergelassener Kardiologe. Was mich verwundert und natürlich sehr persönlich betrifft, sind die Bestrebungen der SPD, die niedergelassenen Fachärzte abzuschaffen. Ihr Gesundheitsexperte Prof. Karl Lauterbach kämpft ganz offen für die Stärkung von kliniknahen Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), in denen die Bevölkerung fachärztlich versorgt werden soll. Diese Pläne sind meines Erachtens weder für die Patienten noch für die Krankenkassen von Vorteil. Ganz im Gegenteil:

1.) Den meisten Patienten ist es wichtig von einem Arzt ihrer Wahl und ihres Vertrauens behandelt zu werden, am Besten ganz in der Nähe ihrer Wohnung. Über die Jahre entwickelt sich ein Vertrauensverhältnis zwischen chronisch krankem Patient und Arzt, das wesentlich zum Heilerfolg beiträgt. Vertrauen und Sicherheit sind für eine Behandlung mindestens ebenso wichtig wie medikamentöse und operative Therapien, das ist durch eine Vielzahl von Untersuchungen belegt. Kein Mensch vertraut sich gerne einem Fremden an, gerade bei Themen die fundamentale Bereiche des Lebens betreffen (Schmerzen, Depressionen, Tod). In einem MVZ mit wechselnden, angestellten Ärzten wird die persönliche Beziehung zwischen Arzt und Patient zwangsläufig leiden. Außerdem wird eine Menge an Informationen verloren gehen. Nicht alles lässt sich in Krankenkarten, Akten und Dateien erfassen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die persönliche Zuständigkeit des Arztes. Bisher geht der Patient gezielt zu Doktor X. Der ist für ihn verantwortlich und muss sich um ihn kümmern. Wenn er das nicht tut oder Fehler macht, dann ist er persönlich in der Pflicht. Er kann seinen Patienten, den zuweisenden Hausarzt und seinen guten Ruf verlieren. Für einen angestellten Arzt ist diese Verantwortung weit weniger spürbar. Nicht dass er ein schlechterer Arzt wäre, aber als Eigenverantwortlicher ist der Druck für gewissenhaftes Arbeiten deutlich höher. Ich spreche aus eigener Erfahrung, mein Wechsel von der Klinik in die eigene Praxis ist noch nicht so lange her.

2.) Kliniknahe MVZ werden nicht aus altruistischen Motiven gegründet, sondern um am zukunftssträchtigen Gesundheitsmarkt teilzuhaben. Das trifft natürlich auch auf die selbständigen Praxen zu, aber immerhin haben ihre Betreiber Medizin studiert und nicht BWL. Warum aber wollen profitorientierte Unternehmen in die ambulante Patientenversorgung einsteigen? Bestimmt nicht nur für die Erbringung der schlecht bezahlten und streng reglementierten ambulanten Leistungen. Nach Abzug aller Unkosten (dazu gehören dann auch die Arztkosten) bleibt den MVZ- Managern bestimmt nicht der Lohn, den sie gewohnt sind. Klinikeigene MVZ werden meiner Meinung nach in erster Linie gegründet, um der Klinik den Zugriff auf die profitablen ambulanten Patienten zu sichern. Die Klinik bzw. der Klinikkonzern kann sich selbst aussuchen, welcher Patient stationär behandelt werden soll. Damit lässt die stationäre Belegung natürlich optimal steuern. Gut für den Konzern, aber schlecht für die Gesundheitskosten - stationäre Behandlungen sind um ein vielfaches teurer - und erst recht für den Patienten - wer geht schon gerne ins Krankenhaus.

Selbständige Hausärzte und Fachärzte entscheiden bisher nach medizinischen und sozialen Gesichtspunkten über die stationäre Einweisung von Patienten. Wirtschaftliche Interessen spielen keine Rolle, deshalb wird nur ein geringer Anteil der untersuchten Patienten ins Krankenhaus geschickt. Aber wenn der Arbeitgeber des Arztes der Klinikkonzern ist, wird zwangsläufig ein Interessenkonflikt entstehen: Mehr Herzkatheter/Operationen/Dialysen/... gefällig? Kein Problem, Patient wird geliefert. Unrentable Pflegefälle? Lässt sich doch alles im Pflegeheim behandeln.

Dieser Selbstbedienungsmarkt wird zwangsläufig zu einer Kostenexplosion führen. Bezahlen muss am Ende der Patient.

Aus diesen Gründen kann ich den Kurs der SPD, die sich ja wahrscheinlich immer noch als eine soziale Partei sieht, nicht verstehen. Anscheinend schwebt vielen Politikern das Bild der staatlich geführten Polikliniken vor: Gleiche Behandlung für alle. Auch wenn ein fehlender Wettbewerb meiner Meinung nach die medizinische Versorgung massiv verschlechtern würde, immerhin ein hehres Ziel. Aber der Kurs geht genau in die andere Richtung: in die Hände der großen Klinikkonzerne.

Mir ist klar, dass diese milliardenschweren Konzerne im Gegensatz zu den einzelnen Arztgruppen eine gewaltige Lobby haben. Prof. Lauterbach ist im Vorstand der Rhön-Klinikum AG, genau wie unser neuer Wirtschaftsminister. Ist das Ganze wirklich so einfach und haarsträubend wie es sich von außen darstellt?

Ich bitte Sie, Ihre Richtung grundsätzlich zu überdenken. Es muss gespart werden, das ist klar. Aber das gelingt nicht dadurch, dass man ein gutes System durch ein schlechteres und teureres ersetzt. Die Patienten brauchen sowohl unabhängige Hausärzte als auch unabhängige Fachärzte.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Andreas Pfund